Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 1150 Mk., monatl. 385 Mk. In den Ausgabestellen viertelj. 1050 Mk., monatl. 350 Mk. Bei Postbezug viertelj. 1155 Mk., monatl. 385 Mk. In Deutschland unter Streifband monatl. 60 Mk. deutsch. — Einzelnummer 25 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonelzeile 50 Mk., für die 90 mm breite Reklamezeile 200 Mk. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 10 bzw. 40 deutsche Mk. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 100 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 184. Bromberg, Freitag den 8. September 1922. **46. Jahrg.**

Die Post- und Telegraphenunterbeamten im Streik.

Am Mittwoch, mittags 12 Uhr, lief das Ultimatum ab, das die Post- und Telegraphen-Unterbeamten an das Ministerium grichtet hatten. Da die bis dahin gepflogenen Verhandlungen die Vertreter der Berufsverbände nicht befriedigten, traten die Unterbeamten mit Ablauf der Frist des Ultimatums in den Streik. Infolgedessen wurde der private Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr in den meisten Direktionsbezirken Polens eingestellt.

In den Verhandlungen hat sich das Finanzministerium bereit erklärt, den Unterbeamten, die eine große Familie haben, Darlehen bis zur Höhe eines Dreimonatsgehalts zu bewilligen, jegliche Unterstützung jedoch abgelehnt. Ferner will das Finanzministerium alles daran setzen, daß das neue Gesetz über die Bamtenbesoldung noch im Laufe des Monats September erledigt wird.

Den Eisenbahnmaschinisten wurde eine Entschädigung von 200 Mark für die Stunde, statt 130 Mark, die sie bis jetzt bezogen, bewilligt. Den Schaffnern und dem Verkehrspersonal in den Lazarettzügen wurde die Vergütung für die Nachtarbeit je nach der Rangklasse um 60, 50 und 40 Mk. für die Stunde erhöht. Die Radiotelegraphisten erhielten eine Zulage von 25 Prozent. Die Eisenbahner scheinen sich mit diesen Erhöhungen zufriedengegeben zu haben, dagegen ist es in Warschau mit den Postunterbeamten zu einer Einigung nicht gekommen.

Der Verband der Postunterbeamten gab die Erklärung ab, daß er keine Verantwortung für die weitere Entwickelung der Lage auf sich nehmen wolle, sofern sich die Eisenbahner mit dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen zufrieden geben.

Die Minderheiten vor dem Völkerbund.

Der Rat der Völkerbundliga wird sich in seiner gegenwärtigen Session auch mit den Fragen der nationalen Minderheiten in Albanien, Lettland, Estland sowie mit der Frage der deutschen Ansiedler in Polen beschäftigen. In dem allgemeinen Bericht, den der Rat der Liga gegenwärtig der Versammlung für das letzte Jahr vorgelegt hat, wird auch die Frage der Minderheiten und die bisherige Anwendung der einschlägigen Bestimmungen berührt. In dem Bericht heißt es:

„Die Traktate in der Frage der Minderheiten stellen fest, daß jedes Mitglied des Rats der Liga das Recht hat, die Aufmerksamkeit des Rats auf jegliche Verletzung der Bestimmungen zu lenken. Nach dem Wortlaut der Traktate werden die Minderheiten selbst oder diejenigen, welche die Petitionen in deren Namen einbringen, nicht als Parteien in diesen Fragen angesehen. Die Traktate sehen für einen Staat, der einen Vertreter im Völkerbundrat hat, die Möglichkeit vor, daß dieser Vertreter die Forderung erheben kann, den Zwist zwischen einem solchen Staat und einem Staat, in dessen Gebiet die Minderheit sich befindet, dem ständigen internationalen Tribunal der Justiz vorzulegen. Parteien wären in solchem Falle die beiden Staaten, nicht aber die Minderheiten."

Weiter erinnert der Bericht daran, daß diese Frage im Völkerbundrat am 22. Oktober 1920 nach dem Antrage und Bericht Tittonis näher geregelt worden ist. In diesem Absatz heißt es:

„Nach den Verträgen ist das Recht, die Aufmerksamkeit auf jegliche Verletzung der Bestimmungen über die Minderheiten zu lenken, Mitgliedern des Rats der Liga vorbehalten, die aus diesem Grunde mit besonderem Interesse diese Fragen behandeln müssen. Das Recht der Initiative der Mitglieder des Rats schließt jedoch nicht aus, daß die Minderheiten selbst oder die Staaten, die keinen Vertreter im Rat der Liga haben, die Aufmerksamkeit des Rats der Liga auf die Verletzung oder die Gefahr der Verletzung dieser Bestimmungen lenken, dieser Schritt muß jedoch den Charakter einer Petition oder einer einfachen Mitteilung wahren und darf nicht die Rechtsfolge haben, daß diese Frage sofort im Rat der Liga zur Beratung eingebracht wird. Sofern die Eingabe, die Fragen der Minderheiten betreffen, an den Völkerbund gerichtet wird, muß sie der Generalsekretär ohne Kommentar den Mitgliedern des Rats und sämtlichen anderen Mitgliedern der Liga zur Kenntnis bringen."

Am 25. Oktober 1920 hat der Rat der Liga beschlossen, daß der amtierende Vorsitzende des Rats gemeinsam mit zwei durch ihn bestimmten Mitgliedern unverzüglich nach einer solchen Verschickung der Petition sich mit deren Inhalt vertraut machen muß. Am 27. Juni 1921 wurde beschlossen, daß bevor irgendeine Petition an die Mitglieder des Rats und der Liga versandt wird, der Staat benachrichtigt werden muß, in dessen Gebiet jene Minderheit wohnt. Gleichzeitig wurden die Bedingungen festgesetzt, nach denen im allgemeinen die Petition zur Kenntnis genommen werden soll:

1. Gegenstand der Petition muß der Schutz der Minderheiten in der mit den Verträgen harmonierenden Weise sein.

2. Im besonderen dürfen sie nicht so abgefaßt sein, daß aus ihnen die Forderung auf Zerreißung der politischen Bande zwischen der Minderheit und dem Staat hervorgeht.

3. Sie dürfen nicht aus einer namenlosen oder ungenau bezeichneten Quelle stammen.

4. Sie müssen ohne gewaltsame Ausdrücke redigiert sein.

Infolge dieser Beschlüsse legt, sobald die Petition eingeht, das Sekretariat der Liga sie zunächst der Regierung vor, zu deren Machtbereich die betreffende Minderheit gehört und dann dem Vorsitzenden des Rats, der gemeinsam mit zweien durch ihn bestimmten Mitgliedern des Rats mit Hilfe der Sektion der Minderheit und der Rechtsabteilung des Sekretariats die Angelegenheit prüft, worauf sie dem Rat der Liga zur Beratung vorgelegt werden kann. Nur in Ausnahmefällen, und zwar dann, wenn Eile dringend nötig ist, kann das Sekretariat die Mitglieder des Rats benachrichtigen, ohne die Erklärung der Regierung abzuwarten, der die Minderheit untersteht. Der Bericht erinnert daran, daß nach dieser Prozedur die Petition der Ruthenen der tschechoslowakischen Regierung vorgelegt ist, hierauf mit deren Bemerkungen dem Vorsitzenden des Rats sowie zwei Mitgliedern des Rats, jedoch keiner von ihnen sprach sich dahin aus, daß die Petition dem Rat der Liga zur Beratung vorgelegt werden solle und auf diese Weise ging man darüber zur Tagesordnung über. Die Petition des Deutschtumsbundes vom 9. November 1921 in der Frage der Entfernung der deutschen Kolonisten wurde dagegen den Bestimmungen entsprechend der polnischen Regierung übersandt, die daraufhin das Sekretariat des Rats benachrichtigte, daß sie die Durchführung der Ausweisungen vertagt habe, worauf die Untersuchung dieser Angelegenheiten im Beisein eines Vertreters der polnischen Regierung begann. Die Angelegenheit soll jetzt im Rat des Völkerbundes erledigt werden.

Aus der Wahlbewegung.

Die galizische Geistlichkeit gegen die Nationaldemokratie.

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzinny" meldet: Kürzlich fand in Krakau eine Tagung der Geistlichen der Krakauer Diözese statt, in der Wahlfragen besprochen wurden. Die Geistlichkeit beschloß zwar, den päpstlichen Weisungen entsprechend, die Kanzel nicht für agitatorische Zwecke zu benutzen, hält jedoch eine solche Beratung für notwendig, da sie sich darüber schlüssig machen muß, nach welcher Richtung hin die einzelnen Geistlichen ihren persönlichen Einfluß geltend machen wollen. In der Krakauer Tagung traten zwei Richtungen hervor. Die erste, die durch den Abgeordneten Pfarrer Madeja vertreten wurde, trat für die Unterstützung der Katholischen Volkspartei ein, die andere, vertreten durch den Pfarrer Kraupa forcierte die Nationaldemokratie und die Christliche Demokratie. Die letzte Richtung erlitt jedoch eine Niederlage. Die Geistlichkeit der Krakauer Diözese erklärte, daß sie keine Parteien unterstützen werde, die den kardinalen Grundsätzen der Rechtlichkeit widersprechen, d. h. weder die Nationale Demokratie noch ihre Bundesgenossen die Christliche Demokratie. Dem katholischen Grundsatz entsprechend, daß jede Behörde von Gott eingesetzt ist, könnten die katholischen Geistlichen keine Parteien unterstützen, die die Staatsgewalt bekämpfen.

Diesen Beschluß faßte die Geistlichkeit der Diözese Tarnow.

*

Der „Kurjer Polski" bringt die Mitteilung, daß Roman Dmowski und Paderewski zum Sejm nicht kandidieren werden. An erster Stelle werden auf der Liste des Christlichen Verbandes der nationalen Einheit in Warschau die Namen Josef Haller, Stanisław Stroński und Gdyk figurieren.

Die bisherige Abgeordnete zum Sejm Dziubińska aus dem Wyzwolenie-Klub wird auf der Liste dieses Klubs zum Senat kandidieren.

Die deutschen Garantien gesichert?

Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, Bradbury, der aus England zurückgekehrt sei, habe ihm versichert, daß jetzt wenig Zweifel bestehe, daß die Verabredung für die Stützung der deutschen Schatzscheine innerhalb weniger Tage zur Zufriedenheit der deutschen wie der belgischen Regierung vollendet sein würde. Der Berichterstatter erklärt, daß hierüber während des letzten Besuches der Mitglieder der Reparationskommission in Deutschland Erörterungen stattfanden. Bradbury habe den Erfolg dieser Operationen bei seinem Aufenthalt in London so gut wie gesichert. Der Korrespondent hört, bei der von Bradbury gewählten Methode spiele Großbritannien eine wichtige Rolle. Der Plan könnte nur scheitern, wenn Deutschland eine widerspenstige Haltung einnähme. Der Berichterstatter führt den früheren Plan Bradburys an, der die deutsche Reparationsschuld in zwei Teile teilt: in Jahreszahlungen und in eine Endsumme die sich auf eine Forderung von 40 Milliarden Goldmark gründet, und der in seinen breiten Umrissen auch die Zustimmung des britischen Schatzamtes finde. Die Schwierigkeit sei nur die, daß es bei dem jetzigen Stand der Dinge ganz unmöglich sei, irgendwelche Zahlen als endgültig anzusehen.

Die „Daily Mail" schreibt: Die Vereinbarungen um befriedigende Garantien für die von Deutschland an Belgien zu gebenden Schatzscheine sind, wie aus bester Quelle verlautet, vollzogen. Der einzig mögliche Widerstand könnte von einer unerwarteten feindseligen Haltung deutscher politischer Parteien herrühren. Die Bedingungen des deutsch-belgischen Abkommens dürften wahrscheinlich in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sie sind sehr verwickelt und erfordern verschiedene Rechnungsübertragungen zwischen Belgien, Deutschland und Großbritannien. Die Bedeutung der Vereinbarung liegt in der Tatsache, daß eine Übertragung von Gold aus der Reichsbank gegenwärtig nicht erforderlich ist, so daß auch der befürchtete weitere Sturz der deutschen Währung abgewehrt erscheint.

Über die Frage der Garantien heißt es weiter in einer in Brüssel veröffentlichten Note, die man in Paris für offiziell hält, Theunis habe den belgischen Unterhändlern die Instruktion gegeben außer der Hinterlegung in Gold nur über solche Sicherheiten zu verhandeln, die die Diskontierung der deutschen Schatzwechsel gestatten. Als Sicherheiten dieser Art werden die Unterschriften großer über genügende Kapitalien und unbestreitbaren Kredit verfügender Banken bezeichnet. Nur wenn eine Diskontierung möglich ist, kann von einer wirklichen Zahlung die Rede sein und man wird sich darauf verlassen dürfen, daß die belgische Regierung, unterstützt von ihren Verbündeten, alle Maßnahmen treffen wird, um sich die effektive Zahlung zu sichern, die sie dringend nötig hat.

*

Wie verlautet, fand die erste Besprechung zwischen den Vertretern der deutschen Regierung und der belgischen Delegation am Mittwoch vormittag statt.

Infolge des Streiks der polnischen Post- und Telegraphenbeamten war der vorbörsliche Danziger Kurs heute nicht zu erlangen.

Eine neue Polenwanderung.

Einen höchst bemerkenswerten Aufsatz, der die von chauvinistischen polnischen Blättern immer wieder uns vorgesetzte Legende zerstört, daß die Minderheiten in Polen auf Händen getragen würden, bringt der in Warschau erscheinende „Kurjer Polski" unter der Überschrift „Eine traurige Erscheinung".

Der Aufsatz beginnt mit der Feststellung, daß nach ungefährer Schätzung 40 000 aus Amerika nach Polen „heimgekehrte" Polen jetzt zum zweiten Mal „heimgekehrt" sind in ihr Wahlvaterland, nach Amerika, weil sie es im Mutterlande nicht aushalten konnten.

Der Verfasser des Aufsatzes im „Kurjer Polski" glaubt, daß die Zahl der zum zweiten Mal nach Amerika Abwandernden noch viel größer wäre, wenn nicht viele von ihnen jetzt, nachdem sie ihre Ersparnisse nach Polen gebracht haben, mittellos und außerstande wären, die zweite „Heimkehr" zu bezahlen.

Die erste Welle — sagt der Verfasser des Aufsatzes im „Kurjer Polski" — ist zurückgeflutet. Andere Wellen werden ihr folgen. Eine neue Wanderung des Polenvolkes hat begonnen.

„Womit" — fragt der Verfasser des Aufsatzes im „Kurjer Polski" — „sollen wir uns angesichts dieser traurigen Erscheinung trösten?"

„Etwa damit, daß es so, wie jetzt den Polen, schon vielen Völkern und Menschen seit Erschaffung der Welt gegangen ist? Daß den Griechen, als sie aus Troja heimkehrten, die Felsen und Küsten des Vaterlandes bei weitem nicht so schön erscheinen wollten wie ihre Abbilder in sehnsuchtsvollen Träumen? Daß dem Soldaten, der als Rekrut ein fast unüberwindliches Heimweh mit sich herumträgt, bei seiner Heimkehr nach Jahren des Lebens in der Stadt die väterliche Hütte niedrig, rauchig und unbehaglich, das Dorf, in dem er seine Kindheit verlebte, reizlos und langweilig erscheint?"

„Hier ist natürlich ein großer Unterschied," sagt Herr T. S., der Verfasser des Aufsatzes im „Kurjer Polski". Und er fährt fort:

„Den griechischen Helden hatte niemand goldene Berge versprochen. Von dem Augenblick an, da ihr Fuß den heimischen Boden betrat, fühlten sie, daß ihren Platz ein anderer eingenommen hatte, daß sie jeden Fußbreit des Bodens würden zurückerobern müssen. Odysseus und Agamemnon gaben sich keinen Täuschungen hin. Das Los unserer Rückwanderer war schlimmer. Von allen Seiten wurden sie zur Rückkehr nach Polen aufgemuntert, — vom polnischen Konsul ebenso wie von Landsleuten, die sie irgendwo in Amerika trafen, — nach den Versprechungen, die sie zu hören bekamen, und nach den begeisterten Begrüßungsreden erwarteten sie etwas ganz anderes, als was ihrer in Wirklichkeit harrte."

Sie sehen ihren Irrtum. Um eine Erfahrung reicher, kehren sie nach Amerika zurück. Und man könnte über die ganze Sache hinweggehen mit dem Satz, daß eine Reise einem immer irgendeine neue Erfahrung bringt, — wenn nicht eins in Betracht käme: Diese Leute haben für ihre Reise nach Polen aus den amerikanischen Banken alle Barmittel abgehoben und sind zu Schiff gegangen, mit dem Verdienst von zwei Geschlechtern versehen. Sie sind nach dem alten Lande gefahren, stolz, daß sie das mit sich führen, was dort fehlt: Unternehmungslust, Arbeitsfreude und Kapital. Von einer solchen triumphvollen Rückkehr hat der Vater sein ganzes Leben lang geträumt. Der Gedanke daran versüßte ihm die schweren Stunden der Vereinsamung, Vernachläßigung und Sehnsucht. Diesen Gedanken vertraute er seinen Söhnen an. Und er führte sie wie ein Stern zurück. Der Stern trog. Besser wäre es gewesen, sie hätten ihm nicht geglaubt.

So manchen war keine menschliche Macht imstande zurückzurufen. Wenn die „in den Schoß des Vaterlandes Zurückgekehrten" über den Wohnungsmangel in den polnischen Städten klagen, wenn sie zu der Überzeugung gelangt sind, daß es ihr Gewissen nicht erlaube, die unter anderen hygienischen Bedingungen geborene Kinderwelt dazu zu zwingen, in engen, dunklen, schmutzigen und feuchten Räumen zu leben, so müssen wir trotz allen Mitgefühls offen bekennen, daß wir diesem Elend nicht Abhilfe zu schaffen imstande sind. An Wohnungsmangel krankt ein bedeutender Teil Europas. Wir sind zu schwach, um dem Bösen Widerstand zu leisten.

Aber mußten denn die Milliarden, die mit den nach Polen Zurückgekehrten an unseren Strand herangeschwemmt wurden, wirklich so vergeudet werden, wie es geschah? War es denn eine Unmöglichkeit, sie Unter-

nehmungen zuzuführen, die sich mehr rentierten, die sicherer und gesünder waren? Hat man in genügendem Maße an die Notwendigkeit eines guten Rates, an den Schutz des Ankömmlings vor der Ausbeutung gedacht? Wenn man das nicht getan hat, dann haben wir *eine neue Sünde* auf dem Gewissen.

Solange sie über den widerwilligen Anblick unserer Städte klagen, solange dürfen wir mit den Achseln zucken und sagen, daß man nicht ein einziges Geschlecht wegen der Vernachlässigung von Zeitaltern anklagen kann, aber was anfangen, wenn sie sich über die Widerwärtigkeiten beklagen, die ihnen der tägliche Verkehr mit den Menschen bereitet? — Darüber, was sie in unseren Schreibstuben, Banken, Ämtern und Privatbüros durchmachen müssen? Was soll man ihnen entgegnen, wenn sie beginnen von dem Jähzorn der Beamten, der Flegelhaftigkeit des Portiers und der frechen Überhebung zu erzählen, denen man in den Büros ausgesetzt ist?

Nichts setzt den amerikanischen Polen so sehr in Erstaunen, wie *die bei uns eingewurzelte Unlust von Mensch zu Mensch*, diese Abneigung, Böswilligkeit und Ungefälligkeit, die Gegensätze zwischen den Schichten der Bevölkerung, den Teilgebieten, den Berufen. So etwas verstehen sie nicht. Sie ziehen es deshalb vor, diese Dinge nicht mehr zu sehen.

Am Schluß seines Aufsatzes wirft Herr T. S. die Frage auf: „Was werden die zum zweiten Male Heimgekehrten jetzt in Amerika beginnen?"

Er antwortet:

„Vor allen Dingen werden sie anfangen zu arbeiten. Sobald sie wieder in Amerika sind, werden sie sich bemühen, amerikanische Staatsbürger zu werden. Und wer sie nach dem Verlauf ihrer Reise nach Polen fragt, dem wird ihre Antwort keine Lust machen, auch eine solche Reise zu versuchen.

Zwei Menschenalter hindurch mahnten die Erwachsenen die Kinder: Denke daran!

Es werden nicht die schlechtesten unter den Rückwanderern sein, die ihren Kindern sagen werden: Vergiß!"

(Und bei dieser in Polen eingewurzelten Unlust von Mensch zu Mensch will uns die „Gaz. Bydg." weiß machen, daß *die deutsche Bevölkerung in Polen* auf Händen getragen wird? — D. Red.)

Keine Konzessionen in der Liquidierung deutschen Besitzes.

Warschau, 6. September. Am 4. d. M. empfing der Außenminister *Narutowicz* eine Delegation des *Verbandes der Okazisten* (Schutz der Westmarken), die aus den Herren Dr. Szuldrzyński, Chlapowski, Śliwiński und Ulaniecki bestand.

Die Delegation bat den Minister um Aufklärung über die Gerüchte, daß die polnische Regierung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden den Deutschen auf dem Gebiet der Befugnis zur *Liquidation deutschen Besitzes* Konzessionen machen wolle.

Der Minister erklärte, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. *Die polnische Regierung beabsichtigt nicht und hat auch nie beabsichtigt, auf ihre Rechte auf diesem Gebiet zu verzichten.* Im Gegenteil ist Polen in der Anwendung dieses Rechts durch nichts gebunden. Bekanntlich berechtigt, so fuhr der Minister fort, Art. 297 des Versailler Vertrages Polen zur Liquidierung von Vermögen, die Eigentum physischer und Rechtspersonen deutscher Staatsangehörigkeit sind. Dies sind also Personen, die nicht zu den sogenannten nationalen Minderheiten gehören, die der Versailler Vertrag in einem besonderen Abschnitt behandelt und die dem besonderen Schutz der Völkerbundliga anvertraut sind. Der Minister versicherte, daß der Bevollmächtigte der polnischen Regierung für die in Dresden beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen, Minister Olschowski, nach dieser Richtung hin entsprechende Instruktionen erhalten hat.

Die Delegation dankte dem Minister für die Aufklärung und gab der Überzeugung Ausdruck, daß diese zur Beruhigung der durch die falschen Gerüchte beunruhigten öffentlichen Meinung beitragen werde.

Der Ertrinkende greift nach dem Strohhalm.

Charkower Blätter bringen aus Moskau die aufsehenerregende Nachricht, daß *der deutsche Geschäftsträger* dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Karachan einen Besuch abstattete und im Namen seiner Regierung folgende Erklärung abgab:

„Die Vertreter der deutschen Berufsverbände haben den Reichskanzler benachrichtigt, daß für weite Kreise der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands *unmögliche Existenzbedingungen* entstanden sind. Ursache dieser Lage soll der katastrophale Sturz der Mark sein. *Die Volkswirtschaft Deutschlands* steht vor *einer Katastrophe*, und das Land fängt an, einen starken Mangel an Zahlungsmitteln zu empfinden. Die gegenwärtige deutsche Regierung hat alles mögliche getan, um die Krise zu mildern. Die Lage bleibt jedoch ernst und verlangt unverzügliches Eingreifen. Ich werde Ihnen dankbar sein, wenn Sie Schritte unternehmen werden, um die schwere und sehr ernste Lage des deutschen Volkes auf dem Wege entsprechender Verordnungen von seiten Ihrer Regierung zu mildern."

Karachan antwortete darauf folgendermaßen:

„Die Sympathien, die das russische Volk für die arbeitende Klasse in Deutschland, das sich gegenwärtig in so schwerer Lage befindet, hegt, unterliegen keinerlei Zweifel. Der in Rapallo auf der Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitiger Achtung beider Republiken abgeschlossene Vertrag enthält Bedingungen, die unzweifelhaft zur Festigung der wirtschaftlichen Verbindung zwischen Deutschland und Sowjetrußland beitragen werden. Dank dem Vertrage werden Rußland mit seinen natürlichen Reichtümern und Deutschland mit seiner Technik, eines im anderen die Kraft zum gegenseitigen wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau beider Republiken finden."

Die Erklärung, die der deutsche Geschäftsträger dem Kommissar für auswärtige Angelegenheiten, Karachan, abgegeben hat, machte in Rußland einen großen Eindruck. Die Sowjetpresse ist mit Kommentaren über die abgegebene Erklärung ausgefüllt, die als *Bankerott der Politik Scheidemanns und der Unabhängigen Sozialisten*, die nach einem Kompromiß mit der Entente strebten, angesehen wird. Im allgemeinen tritt in der Sowjetpresse Befriedigung und Stolz anläßlich des deutschen Schrittes hervor. Die Mehrzahl der Blätter drückt sich jedoch hinsichtlich der Hilfeleistung an Deutschland ähnlich vorsichtig wie Karachan aus. Das dem ukrainischen Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten nahestehende Arbeiterorgan „Jushnyj Gudok" bemerkt deutlich, daß Sowjetrußland bereit wäre, einem *Rätedeutschland* zu helfen, doch könne es der gegenwärtigen deutschen Regierung, die unter dem Einfluß der gelben Berufsverbände, die der deutschen Regierung den Gedanken eingegeben, sich an die Sowjets zu wenden, steht, nur in den Grenzen des Rapallovertrages Hilfe angedeihen lassen.

Der Tiefstand der polnischen Mark.

Ihr wirklicher Wert noch niedriger als ihr Kurs.

„Nowa Reforma" in Krakau vom 28. August schreibt, daß die polnische Mark seit etwa acht Tagen ihren *größten Tiefstand* erreicht habe. An der Züricher Börse sind 100 polnische Mark mit 6½ Centimes notiert worden, und für den Dollar zahlt man im polnischen Inlande 9300—10 000 Mark. An diesem Unglück sei in erster Linie die *dauernd steigende Inflation* schuld. Die Banknoten-Emission habe Mitte August 350 Milliarden überstiegen, und in der Zeit vom 30. Juli bis 10. August habe die Regierung bei der Landesdarlehnskasse neue Schulden in Höhe von 40 Milliarden Mark aufgenommen.

Wir sind, so heißt es in dem Blatt weiter, wieder auf das Tempo der Inflation von einer Milliarde Mark pro Tag angelangt, und unser Papiergeldumlauf wird bis zum Jahresende 500 Milliarden, das Defizit des Budgets über 400 Milliarden, und die *Auslandschulden*, in unsere Währung umgerechnet, *vier Billionen Mark* betragen. Wenn wir die Begleitumstände in Betracht ziehen, die dazu beitragen, unsere Mark auf den Nullpunkt zu bringen, so müssen wir feststellen, daß der *Stand unserer Finanzen noch weit schlimmer ist*, als ihn die Börsennotierungen ausdrücken. Der Kurs der Mark entspricht nicht der Wirklichkeit und stellt ein Überbleibsel der kostspieligen Gegenmine dar, für die der frühere Finanzminister den größten Teil der Vermögensabgabe opferte. Die Aktion ist erfolglos geblieben, denn die Belanglosigkeit des Kurses an der Züricher Börse zeigt die Differenz zwischen dem Züricher Wert des Dollars gegenüber der polnischen Mark und ihrem inneren Handelswert. Diese Differenz beträgt nicht mehr und nicht weniger als 14 000 Mark am Dollar zu ungunsten des Innenmarktes.

Viel zum Kurssturz trägt der Umstand bei, daß der Staat die hochwertigen Valuten planlos verkauft, was aus den Bilanzen der Polnischen Darlehnskasse hervorgeht. Man gewinnt dadurch den Eindruck, daß die fremden Valuten noch erschreckender steigen würden, wenn die Regierung nicht die fremden Valuten aus den Vorräten der Darlehnskasse auf den Markt werfen würde. Die deutsche Reparationsfrage trägt ebenfalls zur Verwirrung der polnischen Finanzlage bei.

Republik Polen.

Beendigung der Arbeiten der Grenzkommission im Osten.

Warschau, 6. September. In der Plenarsitzung der gemischten Grenzkommission für den Osten ist es zwischen dem polnischen und sowjetistischen Delegierten auch über den Rest der strittigen Punkte zu einer *Einigung* gekommen. Dadurch wurden die Arbeiten an der Festsetzung der Grenze zwischen Rußland, Weißrußland und der Ukraine sowie der Republik Polen von der Dzwina bis zum Niestr beendet.

Polen Mitglied der kleinen Entente.

Belgrader Zeitungen teilen mit, daß sämtliche *Mißverständnisse* zwischen Polen und der Tschechoslowakei während der letzten Verhandlungen dank der Vermittelung des jugoslawischen Außenministers *beseitigt* worden sind. Polen ist dem Bündnis mit sämtlichen Rechten und Pflichten der Mitglieder der kleinen Entente beigetreten.

Ein polnisch-russischer Handelsvertrag.

Warschauer Blätter melden, daß in kurzer Zeit in Moskau Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und Sowjetrußland sowie der Ukraine beginnen sollen. Die polnische Presse drückt ihr Erstaunen darüber aus, aus welchem Grunde diese Verhandlungen nicht schon längst aufgenommen wurden und die polnische Diplomatie in Moskau und Charkow die Schwierigkeiten, die sich dem Abschluß eines solchen Vertrages entgegensetzten, nicht schon längst beseitigt hat.

Eine Schweizer Abordnung in Polen.

Am 6. September traf in Polen eine Schweizer Abordnung ein, um die Frage der Einfuhr von Schweizer Maschinenanlagen für die polnische Industrie, einer stärkeren Beteiligung des Schweizer Großkapitals an polnischen Industrieunternehmungen sowie die Frage der Ausfuhr von Lebensmitteln aus Polen nach der Schweiz zu studieren. Die Abordnung traf zunächst in Kattowitz ein, begab sich dann nach Zakopane, um sich mit der Frage der Errichtung eines großen Sanatoriums daselbst zu beschäftigen, besucht die Lemberger Ostmesse, das Boryslauer Naphtagebiet, die staatliche Entbenzinierung in Drohobycz, die Przeworska Zuckerfabrik sowie die dortigen landwirtschaftlichen Musterbetriebe, begibt sich nach Warschau, Lodz, Posen und verläßt am 20. September Polen.

*

Mitte Dezember dieses Jahres begibt sich General *Sikorski* vom Generalstab nach Italien, um an den Übungen der italienischen Armee teilzunehmen.

In Warschau ist der Gesandte bei der Sowjetregierung in Moskau *Stefanski* eingetroffen, der auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren wird. Auf den Posten eines außerordentlichen polnischen Gesandten in Moskau soll einer der höchsten Beamten berufen werden.

Deutsches Reich.

Um die oberschlesische Grenze.

Breslau, 5. September. Der deutsche Vertreter in der Kommission zur Festsetzung der neuen Grenze in Oberschlesien hat heute dem Vorsitzenden der Grenzkommission eine *Note* folgenden Inhalts überreicht:

Die deutsche Regierung kann der Ansicht der Grenzkommission nicht beitreten, nach welcher die Demarkationslinie im oberschlesischen Industriebezirk *nur eine Richtlinie* für die endgültige Festsetzung der Grenze sein soll und daß noch *Veränderungen zulässig* sind, da diese Ansicht weder mit dem Friedensvertrag noch mit der Genfer Entscheidung vereinbar ist. Die Grenzfestsetzung erfolgte im Herbst vorigen Jahres durch die Grenzkommission in der Form der Bildung einer Demarkationslinie. In Anbetracht dessen, daß sich die Ratifikation der Grenze auf diese Demarkationslinie stützt, wurde diese Linie als dem Art. 4 der Genfer Entscheidung entsprechend durch die Koalitionsmächte anerkannt. Endlich würde die Durchführung irgendwelcher Änderungen der Linie, die augenscheinlich von polnischer Seite angestrebt werden, dem Art. 4 der Genfer Entscheidung widersprechen.

Deutschland und Ungarn.

Die Note, die von der deutschen Regierung an das ungarische Kabinett gerichtet wurde und die in dem der ungarischen Regierung gemachten Vorwurf gipfelte, daß sie *antirepublikanischen deutschen Elementen Zuflucht* und Unterstützung *gewähre*, wurde von seiten der ungarischen Regierung bereits beantwortet. Die Antwort ist in jenem freundschaftlichen Ton gehalten, wie er den zwischen Ungarn und Deutschland bestehenden Beziehungen entspricht, und enthält einen Hinweis darauf, daß die deutsche Regierung in ihren Voraussetzungen sich wahrscheinlich auf *irrtümliche Informationen* gestützt habe.

Verbot der schwarz-weiß-roten Flagge.

Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat auf Grund des Paragraphen 10 des Allgemeinen Landrechts wegen unmittelbarer Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit das *Hissen der schwarz-weiß-roten Flagge* während des Provinzial-Feuerwehrfestes in Nortorf *verboten*. Das Verbot war vom Ortsausschuß des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes sowie der Sozialdemokratischen Partei in Nortorf beantragt worden.

*

Wie die „Times" aus Berlin mitteilt, haben dort *Beratungen* zwischen Vertretern Deutschlands, *Polens*, Estlands und Lettlands einerseits und mit Vertretern der Sowjetregierung andererseits stattgefunden. An den Beratungen nahmen auch Tschitscherin und Litwinow teil. Die Verhandlungen waren geheim.

Aus anderen Ländern.

Die Memelländer fordern das Selbstbestimmungsrecht.

Der deutsch-litauische Memellandbund hat aus Anlaß der baldigen Entscheidung über das *Schicksal* des *Memelgebiets* an die Botschafterkonferenz in Paris eine Eingabe gerichtet, in der er folgendes erklärt:

Von alten und neuen Tafeln.

Von Friedrich Nietzsche.

O meine Brüder, wer ein Erstling ist, der wird immer geopfert. Nun aber sind wir Erstlinge. Wir bluten alle an geheimen Opfertischen, wir brennen und braten alle zu Ehren alter Götzenbilder. Ach, meine Brüder, wie sollten Erstlinge nicht Opfer sein!

Aber so will es unsere Art; und *ich liebe die, welche sich nicht bewahren wollen: denn sie gehen hinüber.* — —

*

O meine Brüder, ich weise und weihe euch zu einem neuen Adel: ihr sollt mit Zeuger und Züchter werden und *Säemänner der Zukunft*, — —

— — wahrlich, nicht zu einem Adel, den ihr kaufen könntet gleich den Krämern und mit Krämer-Golde: denn wenig Wert hat alles, was seinen Preis hat.

Nicht, woher ihr kommt, mache euch fürderhin eure Ehre, sondern wohin ihr geht! Euer Wille und euer Fuß, der über euch selber hinaus will, — — das mache eure neue Ehre!

O meine Brüder, nicht zurück soll euer Adel schauen, sondern hinaus! Vertriebene sollt ihr sein aus allen Vater- und Urväterländern!

Eurer Kinder Land sollt ihr lieben: diese Liebe sei euer neuer Adel, — — das unentdeckte, im ernsten Meere! Nach ihm heiße ich eure Segel suchen und suchen! An euren Kindern sollt ihr gut machen, daß ihr eurer Väter Kinder seid: alles Vergangene sollt ihr so erlösen! Diese neue Tafel stelle ich über euch!

*

Ich schließe Kreise um mich und heilige Grenzen; immer wenigere steigen mit mir auf immer höhere Berge: ich baue ein Gebirge aus immer heiligeren Bergen. — —

Wohin ihr aber auch mit mir steigen mögt, o meine Brüder: seht zu, daß nicht ein Schmarotzer mit euch steige!

Schmarotzer: das ist ein Gewürm, ein kriechendes, geschmiegtes, das fett werden will an euren kranken, wunden Winkeln.

Und das ist seine Kunst, das er steigende Seelen errät, wo sie müde sind: in euren Gram und Unmut, in eure zarte Scham baut er sein ekles Nest.

Wo der Starke schwach, der Edle allzumild ist, — — dahinein baut er sein ekles Nest: der Schmarotzer wohnt, wo der Große kleine, wunde Winkel hat.

Ich liebe die Tapferen: aber es ist nicht genug, Handegen sein, — man muß auch wissen, wen man schlägt.

Und oft ist mehr Tapferkeit darin, daß einer an sich hält und vorübergeht: damit er sich dem würdigeren Feinde aufspare!

Ihr sollt nur Feinde haben, die zu hassen sind, aber nicht Feinde zum Verachten: *ihr müßt stolz auf euren Feind sein*: also lehrte ich schon einmal.

Dem würdigeren Feinde, o meine Freunde, sollt ihr euch aufsparen: darum müßt ihr an vielem vorübergehen, — sonderlich an vielem Gesindel, das euch in die Ohren lärmt von Volk und Völkern.

Haltet euer Auge rein von ihrem Für und Wider! Da gibt es viel Recht, viel Unrecht: wer da zusieht, wird zornig.

Geht eure Wege! Und laßt Volk und Völker die ihren gehn! — dunkle Wege wahrlich, auf denen auch nicht eine Hoffnung mehr wetterleuchtet!

Mag da der Krämer herrschen, wo alles, was noch glänzt — Krämer-Gold ist! Es ist die Zeit der Könige nicht mehr: was sich heute Volk heißt, verdient keine Könige.

Seht doch, wie diese Völker jetzt selber den Krämern gleich tun: sie lesen sich die kleinsten Vorteile noch aus jedem Kehricht!

Sie lauern einander auf, sie lauern einander etwas ab, — das heißen sie „gute Nachbarschaft". O selige ferne Zeit, wo ein Volk sich sagte: „ich will über Völker — Herr sein!"

Denn, meine Brüder: *das Beste soll herrschen*, das Beste will auch herrschen! Und wo die Lehre anders lautet, da — fehlt es am Besten.

*

Aufrecht geht mir bei Zeiten, o meine Brüder, *lernt aufrecht gehn!* Das Meer stürmt: viele wollen an euch sich wieder aufrichten.

Das Meer stürmt: alles ist im Meere. Wohlan! Wohlauf! Ihr alten Seemannsherzen!

Was Vaterland! *Dorthin will unser Steuer, wo unser Kinder-Land ist!* Dorthinaus, stürmischer als das Meer, stürmt unsere große Sehnsucht! —

*

„Warum so hart! — sprach zum Diamanten einst die Kohle; sind wir denn nicht Nahverwandte?" —

Warum so weich? O, meine Brüder, also frage ich euch: seid ihr denn nicht — meine Brüder?

Warum so weich, so weichend und nachgebend? Warum ist soviel Leugnung, Verleugnung in eurem Herzen? So wenig Schicksal in eurem Blicke?

Und wollt ihr nicht Schicksale sein und Unerbittliche: wie könntet ihr mit mir — *siegen*?

Und wenn eure Härte nicht blitzen und scheiden und zerschneiden will: wie könntet ihr einst mit mir — *schaffen*?

Die Schaffenden nämlich sind hart. Und Seligkeit muß es euch dünken, eure Hand auf Jahrtausende zu drücken wie auf Wachs. —

— Seligkeit, auf dem Willen von Jahrtausenden zu schreiben wie auf Erz, — härter als Erz, edler als Erz. Ganz hart ist allein das Edelste.

Diese neue Tafel, o, meine Brüder, stelle ich über euch: **werdet hart!** —

Will der Botschafterrat ernstlich und aufrichtig die wahren Wünsche der Memelländer erfahren, so kann dies nur durch eine Volksbefragung in geheimer Abstimmung unter dem Schutz einer neutralen Kommission geschehen.

Die Wortführer, die bisher befragt worden sind, sowie die memelländische Presse stehen mehr oder weniger unter dem Druck oder der Kontrolle der französischen Besatzungsbehörde, sind deshalb nicht frei und geben nicht die wahre Meinung der Bevölkerung wieder.

Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker fordern wir, daß

1. die Memelländer über ihr künftiges staatliches Schicksal unbeschränkt und allein abstimmen dürfen,
2. die zurzeit außerhalb des Memelgebiets wohnenden geborenen Memelländer das Mitbestimmungsrecht bei der Entscheidung über die Zukunft ihrer Heimat erhalten,
3. jedoch die nach der Abtrennung im Memelgebiet zugezogenen Personen von der Abstimmung ausgeschlossen werden.

Wird uns diese Forderung nicht bewilligt, so versichern wir hiermit feierlichst vor aller Welt, daß unser Protest gegen die uns und dem Völkerrecht angetane Vergewaltigung solange bestehen bleibt, bis das gegen uns Memelländer begangene große Unrecht wieder gut gemacht worden ist.

Keine Okkupation österreichischen Gebietes.

Die Budapester tschecho-slowakische Gesandtschaft sendet dem „Pester Lloyd“ folgendes Dementi: Eine holländische Agentie verbreitete in den letzten Tagen Nachrichten über angebliche Vorbereitungen der tschechoslowakischen Republik und des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, die auf eine Okkupation eines Teiles des österreichischen Gebietes abzielten. Die hiesige tschechoslowakische Gesandtschaft ist ermächtigt, zu erklären, daß alle ähnlichen Gerüchte vom ersten bis zum letzten Buchstaben erfunden sind.

Einberufung des Irenparlaments.

Wie aus Dublin gemeldet wird, hat die provisorische Regierung des Freistaates Irland endgültig beschlossen, das neue irische Parlament zusammentreten zu lassen. Da alle Eisenbahnlinien nach Dublin wieder hergestellt sind und die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder sich dorthin begeben kann, ist es sicher, daß die Eröffnungssitzung stattfinden kann. Die Nachfolger für die verstorbenen Mitglieder der irischen Regierung, Arthur Griffith und Michael Collins, sind bisher noch nicht ernannt worden. Diese Frage dürfte erst nach dem Zusammentreten des irischen Parlaments entschieden werden.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. September.

Einstellung des Post- und Telegraphenverkehrs.

Wie uns von der Bromberger Direktion der Posten und Telegraphen mitgeteilt wird, haben die Post-, Telegraphen- und Telephonunterbeamten am gestrigen Mittwoch, 6. d. M., 12 Uhr mittags, die Arbeit niedergelegt. Infolgedessen ist bis auf Widerruf der gesamte private Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr eingestellt worden. Lediglich der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr der Behörden und Staatsämter wird nach Maßgabe der Möglichkeit aufrecht erhalten werden.

Die ganze Schwere der Rückwirkung dieses Verkehrsstreiks auf das gesamte Wirtschafts- und Geschäftsleben braucht nicht ausführlich geschildert werden. In dem vielverzweigten und feingliederigen Räderwerk des Wirtschaftslebens ist plötzlich eine Stockung und ein Stillstand eingetreten, deren weittragende Folgen gar nicht abzusehen sind. Wir wollen jetzt auf das Kapitel der Schuldfrage und Verantwortlichkeit nicht näher eingehen; aber es muß die dringende Erwartung ausgesprochen werden, daß der Konflikt so bald wie möglich beigelegt werde. Welche Wege dafür einzuschlagen sind, das mögen die zuständigen Stellen unter sich ausmachen. Aber Eile, höchste Eile tut not, wenn das Wirtschaftsleben nicht unermeßlichen Schaden leiden soll.

Eine der bedauerlichsten Folgen des Ausstandes der Post- und Telegraphenbeamten ist die, daß das Material an Nachrichten und Tagesneuigkeiten, wie sie durch die Zeitung den weitesten Kreisen in Stadt und Land übermittelt werden, auf ein Mindestmaß zusammenschrumpft und die Leserscharen vergeblich darauf warten, zu erfahren, was in der Welt vorgeht. Der Gang der hohen Politik im In- und Auslande ist also zurzeit ebenso in Schleier gehüllt wie der Kursstand des Dollars und der anderen ausländischen Valuten. Also gerade diejenigen Fragen, die, wie der Dollarkurs, seit langem die fieberhafte Spannung weitester Kreise aufrecht erhalten — sie müssen bis auf weiteres ungelöst und unbeantwortet bleiben. „Kein Lied, kein Heldenbuch“ — will sagen kein Brief, kein Telegramm, kein Ferngespräch gibt Kunde davon, ob und um wieviel der Dollar gestern und heute in Danzig oder Berlin gestiegen oder gefallen ist.

Nicht minder belangreich ist die völlige Unterbrechung des privaten Drahtverkehrs für zahllose Beziehungen und Vorkommnisse des täglichen Lebens. Man denke z. B. nur an Hilfeleistungen bei Bränden, Unglücks- und plötzlichen Krankheitsfällen, an Ermittelungen über Verbrechen aller Art u. dgl. mehr, um zu ermessen, welche schwerwiegenden Folgen der Streik nach sich ziehen kann. Um so mehr muß gefordert werden, daß der Streik baldmöglichst sein Ende finde.

Einschränkung der Konsense zum Ausschank von alkoholischen Getränken.

Wir erhalten vom Magistrat folgende Zuschrift:

Die Gesetze über die Einschränkung des Verkaufs alkoholischer Getränke vom 23. April 1920 (Dziennik Ustaw 37 Pos. 210) und vom 27. Januar 1922 (Dziennik Ustaw Nr. 12 Pos. 104 bzw. Dziennik Ustaw Nr. 35 Pos. 299) bestimmen unter anderem, daß in Ortschaften, in denen eine größere Anzahl Schankstellen bzw. Verkaufsstellen alkoholischer Getränke in verschlossenen Gefäßen sich befindet, als dies das Gesetz normiert, eine entsprechende Verringerung dieser Stellen spätestens bis Ende 1922 stattzufinden hat. In Bromberg ist die Zahl der Schank- bzw. Verkaufsstellen bedeutend höher, als dies die erwähnten Gesetze zulassen. Es ist daher angezeigt, an die Einschränkung dieser Zahl heranzutreten und zwar vor allem dadurch, daß keine neuen Konsense erteilt werden, auch nicht an diejenigen, die den Konsens neu beantragen; ferner nicht auf Lokale, in denen früher diese Art Gewerbe rechtmäßig durch andere Personen betrieben worden ist. Der Magistrat hat in Berücksichtigung der eventuellen Unkenntnis der Neuerwerber der betreffenden Lokale noch in der letzten Zeit neue Konsense für die Lokale erteilt, in denen das Gewerbe früher betrieben wurde. Er gibt jetzt jedoch bekannt, daß er Transaktionen, die nach der vorstehenden Mitteilung abgeschlossen werden, grundsätzlich nicht berücksichtigen wird.

Die Kommissionen zur Bekämpfung des Alkoholismus, die durch die Verordnung des Gesundheitsministers vom 2. Juni 1922 (Dziennik Ustaw Nr. 51 Pos. 462) ins Leben gerufen worden sind und zu deren Zuständigkeit unter anderem die Beschränkung und Verteilung der Stätten des Detailverkaufs und des Ausschanks alkoholischer Getränke gehört, werden in allernächster Zeit ihre Tätigkeit beginnen.

Nachtbetrieb der Straßenbahn.

Wie aus der heutigen Veröffentlichung der Straßenbahn ersichtlich ist, verkehren nunmehr des nachts, und zwar in der Zeit von 11 Uhr abends bis 7 Uhr morgens zu den in dieser Zeit hier einlaufenden 10 und abgehenden 15 Zügen auf der Linie Bahnhof—Schleusenau, an welcher fast alle Hotels liegen, Nachtwagen. Während die ersten beiden im Fahrplan verzeichneten Wagen bis Okole (Schleusenau) fahren, fahren alle übrigen Wagen nur bis zur Steinernen Brücke, also bis zur Ecke Berliner- und Kanalstraße. Der durchgehende Verkehr bis Schleusenau findet aus dem Grunde nicht statt, weil festgestellt wurde, daß das in Schleusenau wohnende Publikum auf die Rundfahrt durch die Stadt verzichtet und den Weg nach Schleusenau über den „Schwarzen Weg“ einschlägt. Der Fahrplan ist sehr übersichtlich, und so kann das Publikum mit Leichtigkeit feststellen, mit welchem Wagen man am besten einen bestimmten von hier abgehenden Zug erreichen kann; auch stehen zu jedem hier eintreffenden Nachtzuge Straßenbahnwagen am Bahnhof bereit. Wie uns die Direktion der Straßenbahn mitteilt, war die Teilnahme bei den seit einiger Zeit probeweise eingeführten Nachtwagen nur gering. Es ist aber zu hoffen, daß, nachdem durch die heutige Bekanntmachung die gesamte Bürgerschaft über den Nachtverkehr unterrichtet ist, sie von der Gelegenheit der Benutzung der Nachtwagen zahlreich Gebrauch machen wird; denn anderenfalls würde es sich nicht verlohnen, den Nachtverkehr fortzuführen und das Publikum wäre wieder darauf angewiesen, den weiten Weg zum und vom Bahnhof zu Fuß zurückzulegen.

Sommerfest des Deutschen Frauenvereins.

Die für ein Sommerfest schon etwas vorgerückte Jahreszeit beeinträchtigte zwar durch kühle Witterung, zu der sich auch noch zeitweilig rieselnder Regen gesellte, den Besuch der gestrigen Veranstaltung im Elysiumgarten, insoweit das Leben und Treiben sich im Freien abspielte; aber immerhin gab es trotz alledem Stimmung unter den Gästen, die wenigstens die geräumige Veranda völlig füllten und während der Konzertmusik nicht nur ihre Unterhaltung fanden, sondern auch Gelegenheit, sich an Speise und Trank gütlich zu tun; denn es waren verschiedene Verkaufsstände eingerichtet, in denen feilgeboten wurde, „was das Herz sich wünscht und der Sinn begehrt“. Die Hauptsache gab es aber nicht im Garten, sondern auf der Deutschen Bühne, wo vor ausverkauftem Hause eine reichhaltige und vielseitige Vortragsfolge geboten wurde, gekrönt durch ein unterhaltsames Theaterstück. Das musikalisch-gesanglich-deklamatorische Programm wurde eingeleitet mit dem hübsch ausgeführten Vortrag der „Novellette“ von Schumann durch Herrn Schinski auf dem klanglich leider ganz unzureichenden Klavier. Es folgte ein von Frau Damaschke gesprochener Prolog, verfaßt von dem früher hier ansässigen Gymnasialoberlehrer Sontheimer. Nachdem Herr Lenkeit sodann seine dramatisch-lyrische Gesangskunst in dem Rezitativ und „Lied an den Abendstern“ des Wolfram in Wagners „Tannhäuser“ eindrucksvoll bewährt hatte, folgten an weiteren musikalischen Gaben die Agathenarie „Und ob die Wolke sie verhülle“ aus dem „Freischütz“, klangschön gesungen von Frau Kolloch-Reeck, zwei feinfühlig vorgetragene Violinsoli des Frl. Anstatt (Larghetto von Mozart und Gavotte von Gluck) und zwei Duette („Wanderers Nachtlied“ von Rubinstein und Hildachs „Nun bist du worden mein eigen“), von denen namentlich Hildachs schwungvolle Komposition starken Eindruck erzielte. Dazwischen boten die Herren Damaschke und Swierzy mehrere Proben ihrer gediegenen Rezitationskunst. — Daß alle Darbietungen lebhaften Beifall fanden, sei nur der Vollständigkeit halber noch erwähnt. Nach einer längeren Pause ging dann das hübsche Traumstück „Niobe“ in Szene, das vor vielen Jahren von Blumenthal nach einer englischen Vorlage bearbeitet und s. Z. auch in Bromberg mehrmals gespielt worden ist. Es verwertet die nicht üble Idee, daß eine Statue der antiken unglücklichen Königin Niobe inmitten der modernen Gesellschaft wieder auflebt, wodurch sich mancherlei groteske Szenen ergeben. Bei der Aufführung wurde die Hauptrolle der Titelheldin von Frl. Heidi Dietz von den Rotterbühnen Berlin mit bestem Gelingen gespielt, und mit und neben ihr wirkten bewährte Mitglieder unserer Deutschen Bühne: die Damen Olly und Steffi Wolff, Erna Becker, und die Herren Schnura, Hasenwinkel und Damaschke. — Den lebhaft beschwingten Abschluß des wohlgelungenen Festes bildete ein Tanzkränzchen im Saale, dem die Jugend mit beachtenswertem Eifer huldigte.

§ Unseren Postbeziehern können wir infolge des Ausstandes der Postbeamten unsere Zeitung leider nicht zustellen, solange der Streik andauert. Wir wie unsere auswärtigen Leser unterliegen dabei der höheren Gewalt, und wir können nur hoffen, daß dieser unerfreuliche Zustand bald sein Ende findet.

§ **Die Kosten einer spezialärztlichen Behandlung.** Mit welchen Summen heute unsere Krankenkassen im Falle einer spezialärztlichen Behandlung eines ihrer Versicherten zu rechnen haben, beweist ein Fall, über den die „Dirsch. Ztg.“ folgendes berichtet: Auf ärztliches Anraten mußte ein bei der hiesigen Kreiskrankenkasse Versicherter in spezialärztliche Behandlung nach einer benachbarten Stadt Pommerellens geschickt werden. Der Kranke brachte dort insgesamt 27 Tage zu, konnte aber leider keine Heilung finden und erlag seinem Leiden. Die Kostenrechnung für seine Behandlung, die jetzt hier eingetroffen ist, lautet auf insgesamt über 235 700 Mark, also beinahe ¼ Million Mark. Sie wird wie folgt spezialisiert: Verpflegung pro Tag 2000 M., für eine an dem Kranken, der an Magengeschwür litt, vorgenommene Operation 90 000 M., Assistenz hierbei 30 000 M., für verbrauchte Medikamente bei der Operation 5000 M., weitere Medikamente 13 700 M., Untersuchung und sonstige ärztliche Hilfe 28 000 M. und eine Durchleuchtung 13 200 M.

§ **Taschendiebstähle.** Auf dem gestrigen Wochenmarkt wurden einem Herrn J. Sliwinski mittels Taschendiebstahls 50 000 Mark entwendet und dem Herrn Joseph Pruß eine silberne Taschenuhr. Die Diebe konnten bisher nicht ermittelt werden.

Vereine, Veranstaltungen rc.

Verein junger Kaufleute e. V. zu Bromberg hält im Klubhause des R.-V. „Frithjof“ am Donnerstag, den 28. September, abends 8 Uhr, eine Herbstgeneralversammlung ab. Näheres siehe Anzeige. (9877

Handels-Rundschau.

Der Gold- und Devisenbesitz Polens. Wie „Przeglad Wieczorny“ berichtet, besaß Polen am 20. August 1922 76 916 005 Mark in Gold, ein Kilogramm Gold zu 2790 Mark gerechnet. Der Besitzstand habe sich seit dem 31. Dezember 1921 um 6½ Millionen vergrößert. Der Devisenbesitz betrug am 31. Dezember 1921 24 695 718 694 Mark und am 20. August 1922 35 849 076 670 Mark, in Dollar gerechnet 11 855 000 Dollar.

Polnische Schiffahrtslinie Neuyork — Danzig. Wie „Wall Street Journal“ berichtet, schließen sich die Polnisch-amerikanische Schiffahrtsgesellschaft und die Polnische Schiffahrtsgesellschaft als Vereinigte Polnische Linien zusammen. Das Kapital zur Wiederaufnahme des Dienstes Neuyork soll in Polen aufgebracht werden.

Polnische Zollerleichterungen für Oberschlesien. In den nächsten Tagen wird im Amtsblatt „Dziennik Ustaw“ eine Verordnung veröffentlicht werden, welche Zollerleichterungen für Oberschlesien vorsieht. Vom Zoll werden gänzlich Waren befreit, welche nach Oberschlesien eingeführt und nach der Veredelung aus Oberschlesien wieder ausgeführt werden, ferner Waren, die aus Polnisch-Oberschlesien zur Veredelung nach dem Auslande ausgeführt werden, wenn sie nach dem Veredelungsprozeß wieder nach Oberschlesien eingeführt werden. Ferner Waren, welche im Auslande vor dem 19. Juli d. J. bestellt waren, wie Halbfabrikate, Maschinen, Rohstoffe, mit einem Worte Produktionsmittel. Ferner Waren, die dem Arbeiter unentbehrlich sind, wie Bier, Tabak, Wäsche, Kleidung usw.

Neue Aktiengesellschaften in Polen. „Warschauer Holzindustriegesellschaft A.-G.“, Anlagekapital 50 Mill. Mk., Sitz Warschau — Holländisch-Baltische Handelsgesellschaft „Nebal“, Anlagekapital 25 Mill. Mk., Sitz Warschau. — Graphische Werke „Słowo“, A.-G., Anlagekapital 12 Mill. Mk. — Gesellschaft für Bau und Exploitierung der Hotels in den polnischen Badeorten, Anlagekapital 10 Mill. Mk. — Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft A.-G. in Ciechanow, Anlagekapital 10 Mill. Mk. — Kapitalserhöhungen: Aktiengesellschaft für Exploitierung von Kalisalzen um 250 Mill. Mk. bis 300 Mill. Mk. — Die polnische Gesellschaft für internationale Industrie und Handel „Interpol“ um 50 Mill. Mk. bis 175 Mill. Mk.

Diskonterhöhung in Österreich. Die Österreichisch-Ungarische Bank erhöhte den Diskontsatz von 7 auf 9 Proz. und den Lombardzinsfuß von 8 auf 10 Prozent.

Rumäniens Erdölerzeugung betrug im ersten Halbjahr d. J., im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit, 663 385 Tonnen (550 463 To.). Auf die einzelnen Monate entfallen nach dem „Moniteur du Pétrole Roumain“:

	1922	1921
Januar	102 395	97 883
Februar	100 883	82 724
März	116 003	93 165
April	109 135	97 601
Mai	121 224	99 368
Juni	113 745	79 722

Die Steigerung der Produktion im ersten Halbjahr beträgt somit 20 Prozent.

Die Preissteigerung am Fettmarkt in Deutschland.

Wie auf allen übrigen Märkten, wo Rohstoffe vom Auslande bezogen werden müssen, haben auch am Fettmarkt die Preise infolge der Entwertung der Mark, insbesondere in den letzten Monaten, eine außergewöhnlich scharfe Preissteigerung erfahren. Deutschland ist infolge der Reduzierung seines Viehstandes auf die Einfuhr von Fetten vom Auslande angewiesen und hier kommt für die Schmalzeinfuhr besonders Amerika in Frage. Die Versorgung mit inländischen Fetten, wie Butter und Schmalz, ist sehr gering, und hat auf die allgemeine Preisgestaltung am Fettmarkt keinen Einfluß. Den in den letzten Monaten scharf anziehenden Preisen für Schmalz und Margarine mußten die Preise für Butter folgen, so daß zurzeit zwischen Butter- und Schmalzpreise kein wesentlicher Preisunterschied besteht. Die Preise gestalteten sich pro Pfund in diesem Jahre etwa wie folgt:

	Butter	Margarine	Schmalz inländ.	Schmalz ausländ.
Januar	34—47	24—26	24—30	25—30
Februar	38—50	26—30	30—41	28—39.50
März	38—63	32—34	41—48	39.50—47
April	50—68	36—38	41—44	39—43
Mai	53—66	37—38	43—46	42—46
Juni	52—65	36—38	43—56	41—55
Juli	68—90	53—74	70—96	67—96
August	105—220	90—180	126—340	120—310

Demnach zogen die Preise bis April leicht an, im Monat Juni in einzelnen Sorten ein leichter Rückgang, und von Ende Juli ab gingen die Preise durchweg rapide in die Höhe.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer für die Zeit vom 2.—5. September 1922:

Weizen 34 000—32 000, **Roggen** 17 800—17 400, **Braugerste** 17 800 bis 17 000, **Hafer** 21 000—20 000 M., Fabrikkartoffeln 2200—2000 Speisekartoffeln 2600—2400, Weizenmehl (70proz.) 55 000, Roggenmehl (70proz.) 31 000 M. (inkl. Säcke), Weizenkleie 12 200 M., **Roggenkleie** 12000 M., Heu lose 6860 M.

Warschauer Börse vom 6. Septbr. Schecks und Umsätze: **Belgien** 565—540. **Berlin** 5,85—5,60—5,65. Danzig 5,85 bis 5,65. **London** 35 550—33 400—33 600. **Neuyork** 7700—7500, **Paris** 610—590—595. Prag 265—262,50. **Wien** (für 100 Kronen 12,75—11,00. — Devisen (Barzahlung und Umsätze): Dollars der **Vereinigten Staaten** 7500—7525. Englische Pfund —. Tschechoslowakische Kronen —. Kanadische Dollars 7500—7450. Belgische **Franks** —. **Französische Franks** 590. Deutsche Mark 5,90—5,70.

Kursbericht.

Die Polnische Landesdarlehnskasse zahlte heute für deutsche 1000- u. 100-Markscheine 540, für 50-, 20- u. 10-Markscheine 520, für kleine Scheine 440. Gold 1457. Silber 236.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für Politik: Johannes Kruse; für „Stadt und Land“ und den anderen redaktionellen Teil: Karl Bendisch; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 184.

Bromberg, Freitag den 8. September 1922.

Die polnischen Staatsfinanzen.

Von Dr. W. Guido Regendanz-Wien. *)

I.

„Die Politik verdirbt den Charakter“ — dies gilt für das Individuum — im Staate verdirbt das Überwiegen politischer Gesichtspunkte die Finanzen. In der modernen Zeit schien es bereits ein allgemein anerkanntes Gesetz geworden zu sein, daß die Politik eines Landes sich nach seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen und Möglichkeiten zu richten habe. Die neuerstandene Republik Polen hat teils aus eigenem Antrieb, teils unter fremdem Einfluß ihr Wirtschaftsleben gezwungen, sich den Zielen der äußeren Politik und den wahltaktischen Zielen der Parlamentsparteien anzupassen, trotzdem auch polnische Kreise erkennen, daß es unnatürlich ist, das ökonomische Leben in den Dienst der Politik zu stellen, anstatt den umgekehrten Weg zu wählen. So äußert der polnische Abgeordnete André Wiersbicki, ein hervorragender wirtschaftlicher Führer, sich noch im Jahre 1922: „Das ist immer die Wirtschaftspolitik eines Landes, das von seinen guten Beziehungen zu anderen Ländern abhängig ist.“ In der vielleicht imperialistisch nicht ökonomisch gerechtfertigten Praxis der polnischen Politik ist von der Anerkennung dieser These nichts zu merken. Eine große Heeresmacht belastete den Staatshaushalt vom ersten Tage seiner Entstehung an mit riesigen Ausgaben. Auch nach Aufhören der Bedrohung des Staates durch bolschewistische Angriffe brachte die Sehnsucht nach möglichst weiten Grenzen Polen, das seit Ende 1920 nicht mehr davon sprechen kann, daß es Krieg führen müsse, dazu, weiter eine große Armee ständig zu unterhalten und eine auch das Wirtschaftsleben ungünstig beeinflussende Stellung zu Nachbarn einzunehmen. Politische Bündnisse und die zur Bezahlung solcher Bündnisse abgeschlossenen Handelsverträge wirkten gleichfalls dahin, Polen von den natürlichen Wegen abzudrängen, die zu einer günstigen Entwicklung der Wirtschaft des Landes und zu einer guten Stellung Polens innerhalb der Weltwirtschaft führen. Die wirtschaftliche Entwicklung Polens ist heute gefährdet, und bei der engen Verknüpfung zwischen Politik und Wirtschaft ist damit auch für seine staatliche Existenz eine Gefährdung gegeben. Ob das Vergnügen, eine Bevölkerung zu umschließen, von denen 30 Prozent nichtpolnischer Nationalität sind, und die zweitgrößte Heeresmacht Europas zu halten, nicht doch zu teuer erkauft ist? Gilt nicht auch hier, was von den Verträgen von Versailles, St. Germain und Trianon überhaupt gilt: „C'est plus qu'un crime, c'est une faute?“

Die vielen optimistischen Äußerungen, die insbesondere von polnischer Regierungsseite über Polens Finanzlage und seine wirtschaftliche Entwicklung erfolgt sind, sind zwar verständlich als Ausdruck des nationalen Zutrauens; den Glauben an den eigenen Staat haben die Polen stets gehabt. „Jeszcze Polska nie zginęła“ (Noch ist Polen nicht verloren) war die polnische Parole und die eigentliche Nationalhymne, als Polen das letzte Mal — — — — unterging!

Wie sieht es in Polen heute aus?

Die Staatswirtschaft ist stark passiv.

Das Geld ist durch Inflation beinahe wertlos geworden.

Die Handelsbilanz ist stark passiv.

Die Zahlungsbilanz ist stark passiv.

Weder die Staatswirtschaft, noch die Geldwirtschaft, noch die Handelsbilanz, noch die Zahlungsbilanz erscheinen unter den gegebenen Umständen sanierbar; bei einem überwiegend agrarischen Parlament, das die Bauern ausreichend zu besteuern nicht geneigt ist, bei dem Fehlen eines geschulten Beamtenpersonals (da die aus dem früheren deutschen und österreichischen Teil übernommenen geschulten Beamten nur eine ganz geringe Zahl der polnischen Beamten darstellen), bei einer militärisch orientierten Regierung, die teils aus eigener Neigung, teils unter dem Einfluß Frankreichs ein großes Heer und ein politisches Bündnis für wichtiger hält als die wirtschaftliche Erschließung Polens.

Die Passivität der Staatswirtschaft ist in den dreieinhalb Jahren des Bestehens der Republik unaufhaltsam gewachsen. Zunächst hat man finanziell überhaupt „unverantwortlich“ — ohne Budget, ohne Parlamentsgenehmigung — gewirtschaftet. Die ersten drei Jahre (November 1918 bis November 1921) ergaben, ohne Berücksichtigung der auswärtigen Verschuldung, ein Gesamtdefizit von 222 Milliarden poln. Mark (324 Milliarden Ausgaben, 102 Milliarden Einnahmen). Von den Einnahmen stammten 84,47 Proz. aus Steuern, Zöllen und Monopolen. Die großen, nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben wurden fast ganz durch die Notenpresse gedeckt; auch die relativ geringen Beträge innerer Anleihen (etwa 29 Milliarden bis März 1922, die zu den 222 Milliarden noch hinzuzurechnen sind), flossen größtenteils zur Notenbank zum Lombard. Die Ziffer von 222 Milliarden poln. Mark erscheint allerdings nicht erschreckend, wenn man sie auf Basis des Kurses von Anfang Juni 1922 mit 12½ Centimes**) pro 100 poln. M. berechnet (= 275 Millionen Goldfranks), wenn nicht zu berücksichtigen wäre, daß diese Schuld doch sukzessive gemacht worden ist, und zwar beginnend zu einer Zeit, wo 100 poln. M. = 35 Goldfranks waren; man hat also in Wirklichkeit viel größere Ausgaben gemacht, wenn man die einzelnen Posten auf den Zeitpunkt in Gold umrechnet, zu dem sie gemacht sind. Daß inzwischen der Staat durch Notendruck seine eigenen Schulden vergrößert hat, erleichtert wohl seine Situation für die Vergangenheit, aber nicht für die Zukunft. Wo er früher 100 poln. M. (im Werte von 35 Goldfranks) ausgab, muß er in Zukunft — auf Basis des heutigen Kurses — 28.000 poln. M. (im Werte von 35 Goldfranks) ausgeben. Mit anderen Worten: Die Verschuldung Polens muß, solange mit nennenswertem Defizit im Staatshaushalte gewirtschaftet wird, nicht nur absolut, sondern auch in geometrischer Progression steigen, da die frühere Verschuldung eigentlich weit mehr als die von 222 Milliarden poln. Mark vom Ende 1921 darstellt. Allerdings könnten auch die kommenden Schulden durch weitere Inflation wieder „saniert“ werden. Aber auch die Inflationsmöglichkeit hat ihre unteren Grenzen — und die polnische Regierung erklärte wiederholt, daß sie den Kurs der Polenmark stabilisieren wolle. Aber womit will sie dann auch nur den Zinsendienst der Staatsschuld decken? Kommen doch zu den inneren Schulden, die am 31. Dezember 1921 sich auf insgesamt 314 Millionen Goldfranks beliefen, noch die Auslandsschulden, die am gleichen Tage ca. 1480 Millionen Goldfranks, das ist heute (Juni 1922) = 1184 Milliarden poln. M. betragen, so daß sich eine Gesamtschuld von ca. 1435 Milliarden poln. M. am 31. Dezember 1921 ergibt, wozu noch die inzwischen aufgenommenen Schulden (4 Millionen Pfd. Sterling, von der Landesdarlehnskasse in England im März 1922 aufgenommen, und — nach Zeitungsmeldungen — 6 oder 25 Millionen Dollar im Juni 1922) kommen. Nimmt man die jetzige Schuld (Juni 1922) auch nur mit 2000 Milliarden poln. M. und den Zinsfuß mit 6 Proz. im Durchschnitt an, so müßte das Budget für 1922 allein für Schuldenzinsen (ohne Amortisation) einen Betrag von 120 Milliarden poln. M. aufweisen (und es weist überhaupt keine Vorsorge für die Verzinsung und Amortisation der Auslandsschulden aus!), während für das Jahr 1921 die Gesamteinnahmen an direkten, indirekten Steuern, Zöllen und Verbrauchs- und Stempelabgaben auf 24 Milliarden veranschlagt waren, und im Budget für 1922 die gesamten Nettoeinnahmen des Finanzministeriums ohne die außerordentlichen Einnahmen (80 Milliarden Vermögensabgabe, 10 Milliarden Bereicherungssteuer und ausgleichende Vermögensabgabe) auf 180 Milliarden veranschlagt sind.

Es ist oben schon gesagt, daß die Verschuldung Polens unter den gegebenen Verhältnissen, in polnischer Mark ausgedrückt, ein rapides Anwachsen aufweisen müsse. Der im März 1922 dem Parlament vorgelegte Budgetvoranschlag bestätigt dies dann auch.

*) Aus dem fünften Heft „Der Wiederaufbau in Europa“ von J. M. Keynes („Manchester Guardian“).

**) Anfang Juli 1922 bereits auf etwa 10 Centimes gefallen.

Pommerellen.

dr. Soldau (Działdowo), 6. September. Am Sonntag, 10. d. M., nachm. 5 Uhr, findet in der Notkirche ein Kirchenkonzert statt, in welchem Frau Ellen Conrad (Gesang), Musikdirektor Willy Elisat-Graudenz (Orgel) und das rühmlichst bekannte Solo-Doppelquartett der Graudenzer Singakademie mitwirken werden. Im Anschluß daran — um 7 Uhr — veranstalten die genannten Künstler in Knüffels Hotel einen Lieder- und Singspielabend, dem ein geselliges Beisammensein mit Tanz folgen soll. Die Bewohner von Stadt und Umgegend seien auf diese beiden musikalisch reizvollen Veranstaltungen hingewiesen; ein recht zahlreicher Besuch mag die Gäste aus Graudenz für ihre mühevolle und kostspielige Reise hierher belohnen. (Näheres die Anzeigen.)

*

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* Marienburg, 5. September. Vorgeschichtliche Begräbnisstätte. Der Kutscher Borczinski stieß beim Ackern auf eine größere Steinschicht. Er entdeckte ein etwa 2½ Meter langes und 1 Meter breites Grab, in dem sich Knochenreste, etwa 10 Urnen und Schmuckstücke, anscheinend aus Bronze, fanden. Wahrscheinlich handelt es sich um eine Jahrtausende alte Begräbnisstätte.

* Gleiwitz, 4. September. Gestern nachmittags brach in Klüschau, Kreis Gleiwitz, ein Feuer aus. Da großer Sturm herrschte, wurden die Flammen auf die Nachbargrundstücke weiter fortgepflanzt und bald stand der eine Teil des Dorfes in lichterlohen Flammen. Zahlreiche Gebäude und Nebengebäude sowie die mit Erntevorräten gefüllten Scheunen und Schober wurden ein Raub der Flammen. Verbrannt ist auch ein 2½jähriger Knabe. Der Schaden dürfte sich auf mehr als eine Million Mark belaufen, da 6 Besitzer abgebrannt sind. Der Verlust trifft die Geschädigten um so mehr, als sie durchweg sehr niedrig versichert sind. Die Entstehungsursache konnte bis zur Stunde noch nicht festgestellt werden.

*

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 5. September. Wie in Danzig gewuchert wird. Dieser Tage ging ein Herr durch eine Reihe von Schuhgeschäften, um sich ein Paar Schuhe zu erstehen. In einem Geschäft hatte er ein Paar gesehen, das 3900 Mark kosten sollte und ihm am preiswertesten erschien. Da er selbst nicht mehr Zeit hatte, in das Geschäft zurückzugehen, sandte er seine Frau dorthin, die unverrichteter Sache heimkehrte, weil ihr, wie die „Danz. Ztg.“ berichtet, für dieselben Schuhe 5400 Mark abverlangt wurden. Nachmittags desselben Tages ging der Herr nochmals persönlich in das Geschäft. Er wurde von anderer Seite bedient. Diesmal wurden für dieselben Schuhe 4900 Mark als Preis bezeichnet. Er erwiderte nichts darauf, ließ sich vielmehr die Schuhe anziehen und die alten verpacken. Er ging dann zur Kasse und erklärte auf Grund des ihm vormittags gemachten Angebots, nur 3900 M. zahlen zu wollen. Natürlich lebhafter Protest! Aber der Herr blieb fest. Und da er drohte, stehenden Fußes zum Wucheramt zu gehen, wagte man im Geschäft nicht zu mucksen.

Kleine Rundschau.

* Um das blaue Band des Ozeans. Die Frage nach dem Schnelligkeitsrekord auf dem Atlantischen Ozean ist wieder einmal in den Vordergrund getreten, und zwar sind es deutsche Schiffe, die jedoch unter fremder Flagge mit an erster Stelle um das blaue Band des Ozeans ringen. Das größte „Ozeanderby“ seit dem Kriege wird zwischen sechs großen Dampfern auf einer Wettfahrt von Southampton nach Neuyork ausgefochten werden. Die sechs Schiffe, die das Rennen machen, sind die „Mauretania“, der „Bismarck“, der als Dampfer der White Star-Linie „Majestic“ heißt, die „Berengaria“, ebenfalls ein deutsches Schiff, die „Aquitania“, „Olympic“ und „Homeric“. Nach den Schnelligkeiten, die diese Schiffe während der gegenwärtigen Saison im Laufe der ganzen Fahrt von England nach Amerika erreichten, steht die „Mauretania“ mit 25.29 Knoten an erster Stelle; es folgen der „Bismarck“ mit 24.2 Knoten, die „Berengaria“ mit 23.30 Knoten; an letzter Stelle steht die „Homeric“ mit 18.69 Knoten. Dies letzte Schiff ist auch das einzige, das keine Ölfeuerung besitzt. Die letzten vier Schiffe haben kaum viel Aussicht darauf, das blaue Band des Ozeans zu erringen. Wenn nicht ganz besondere Umstände dazwischen kommen, wird der Wettkampf zwischen „Mauretania“ und „Bismarck“ ausgefochten werden.

* Ein gefärbter Wald. Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Gotha gemeldet, daß eine Edelholzgesellschaft in Gegenwart des sächsischen Staatsministers Buck und einer Anzahl geladener Gäste ein Verfahren zur Färbung von Bäumen vorgeführt hat. Im Zusammenhang damit dürfte es interessieren, daß schon seit Monaten in einem Teile des Wesergebirges, im Solling, ein ähnliches Verfahren mit bestem Erfolg zur Anwendung gelangt. Dort ist in der Nähe der Stadt Uslar ein mehrere hundert Meter im Quadrat messender Teil Buchenwald zu diesem Zweck abgegrenzt. An jedem Baume hängt ein Gefäß mit roter oder blauer Farbe, die durch einen Gummischlauch den angebohrten Wurzeln zugeführt wird, wobei auch der elektrische Strom Verwendung findet. Von den Wurzeln aus wird der Farbstoff bis in die äußersten Zweige, ja, sogar bis in die Blätter geleitet, und ein starker Stamm wird bis zu einer Höhe von 28 Metern im Laufe von annähernd vier Wochen vollständig durchfärbt. Dann stirbt er ab und wird zerlegt. Das meiste Holz wird in Möbelfabriken verwendet. Der betreffende Teil des Waldes ist schon von weitem an der blauen oder roten Farbe des Laubes zu erkennen.